

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

2.6.1924 (No. 128)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K u n d,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Lebensjahr. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnung. Bei Lagerbedeutung, zwangsweise Verteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder Unvermögen der Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Pfingstferien

Durch Bekanntmachung des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 23. November 1923 sind die Pfingstferien für das Schuljahr 1924/25 auf die Zeit vom 8. bis 15. Juni 1924 festgesetzt worden. An dieser Anordnung ist nichts geändert worden.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Gegenüber der Vorwoche ist ein weiterer Rückgang in der Zahl der Erwerbslosen festzustellen. Es ist jedoch zweifellos eine Stodung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten, die sich naturgemäß vor allem bei den ungelerten Arbeitern auswirkt. Die Aussperrung im Holzgewerbe, die noch andauert, beeinflusst die Lage ungünstig.

In der Landwirtschaft wurden verschiedentlich Arbeitskräfte verlangt, was zum Teil auch durch die einsetzende Heuernte bedingt war. Dagegen zeigte die Steinindustrie stellenweise eine Verschlechterung; im Ziegeleigewerbe gelang es noch, Arbeiter unterzubringen. Die Lage der Metallindustrie ist ungeklärt. Teilweise sind die Firmen mit Einstellungen sehr zurückhaltend und stellen Entlassungen in Aussicht. Insbesondere ist in der Schwarzpulver- und Sprengstoffindustrie eine weitere Verschlechterung festzustellen. An anderen Orten des Landes konnten Fachkräfte noch in Arbeit vermittelt werden. In der Mannheimer Metallindustrie wurde am 27. Mai die Aussperrung beendet und die Arbeit wieder aufgenommen. Das Spinnstoffgewerbe hat günstige Konjunktur. Seidenhandwerker, Färber, Stoffdrucker und jüngere Arbeitskräfte fanden Beschäftigung. Woll beschäftigt ist die Weinheimer Lederindustrie, bei der auch Neueinstellungen erfolgen konnten. Die Vermittlungstätigkeit im Holzgewerbe war durch die anhaltende Aussperrung gehemmt. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist noch keine Besserung zu verzeichnen. Durch die Geldknappheit waren im Süssweine- und Heidelberger Bezirk verschiedene Zigarrenfabriken zur Betriebschließung gezwungen, wodurch 78 Personen arbeitslos wurden. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe war ein Rückgang an offenen Stellen zu verzeichnen; nur für erstklassige Großschuhmacher bestand Bedarf. Die starke Nachfrage nach gelernten Bauarbeitern hat etwas nachgelassen, stellenweise konnte der Bedarf des Oberlandes durch Zuzug aus Innerdeutschland gedeckt werden. Maler blieben stark gesucht. Der floride Geschäftsgang im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat angehalten, so daß es nicht gelang, genügend Köche, Küchen- u. Servierpersonal zu beschaffen. Für kaufmännische Angestellte blieb dagegen der Arbeitsmarkt weiter ungünstig. In Freiburg fanden erneute Entlassungen im Bankgewerbe statt.

Hoch kein Ende der Regierungskrise

Berlin, 2. Juni. Die Neubildung des Kabinetts konnte auch während des Sonntags nicht gefördert werden. Da die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei, der im Augenblick entscheidende Bedeutung zukommt, erst am Montag stattfindet, mußte Reichskanzler Marx den gestrigen Tag vorübergehen lassen, ehe er endgültig zu beurteilen vermag, ob die Deutsche Volkspartei nunmehr tatsächlich bereit ist, den Weg zur Koalition der Mitte zurückzuführen.

In der Fraktionsführung der deutschen Volkspartei wurde eine Entschärfung angenommen, in der die Fraktion die gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann erhobenen Angriffe auf das schärfste zurückweist. Sie billigt seine politische Tätigkeit und seine Arbeit als Reichsaussenminister.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, steht der Vorsitzende der demokratischen Partei und der demokratischen Reichstagsfraktion Minister a. D. Koch auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen aussichtslos erscheinen, nachdem die Deutschnationalen mit der Erklärung hervorgetreten seien, daß auf dem Gebiete der Außenpolitik eine Kursänderung erfolgen müsse. Jede Änderung der bisherigen Außenpolitik erscheine der deutsch-demokratischen Partei als eine Gefährdung der angeblichen Verhängung und als eine Verzögerung der von der deutschen Wirtschaft so dringend geforderten Lösung.

Das Ergebnis der Pfalzpende. Auf Einladung des Präsidenten der pfälzischen Regierung trat der Ausschuss für die Pfalzwoche in Speyer zusammen, um über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zu beraten. Es wurden insgesamt 900 000 Goldmark von Spendern der rechtsrheinischen Pfalz aufgebracht. Der Präsident wurde ersucht, den Dank der Pfalz allen rheinischen Brüdern, die sich an der Sammlung beteiligten, auszusprechen. Ein Teil der Spenden soll in der Hauptsache verwendet werden für Fürsorge für politische Gefangene und ihre Angehörigen, für Ausgewiesene, Reichsflüchtlinge sowie für durch die Abwehr des Separatistenaufstandes zu Schaden gekommene Personen.

Regierungswechsel und Kammerzusammentritt in Frankreich

PARIS, 2. Juni. Am Sonntag vormittag 10.30 Uhr übermittelte Poincaré dem Präsidenten der Republik die Demission seines Ministeriums.

Herriot erklärte dem Pariser Berichterstatter des „Observer“, wenn die Kammer ihm die Mehrheit gebe, so werde eine seiner ersten Handlungen als Premierminister eine Reise nach England sein, um persönlich mit Macdonald Fühlung zu nehmen. Ein Zusammenwirken mit England sei stets ein wesentlicher Teil seiner Politik gewesen. Vor allem müsse England ihm helfen, die Behauptung zurückzuweisen, daß seine Politik zum Sturz des Franken beitrage. Über seine Politik gegenüber Deutschland erklärte Herriot, er sei weiterhin der Ansicht, daß einer demokratischen deutschen Regierung jede Gelegenheit gegeben werden müsse, ihren Kopf hochzuhalten.

Der geschäftsführende Ausschuss der radikalen Partei ist gestern abend unter dem Vorsitz des Abg. Herriot zusammengetreten. Im Laufe der Sitzung hat Herriot eine Rede gehalten, in der er feststellte, daß er kein imperatives Mandat annehmen wolle. Wenn ich zur Geschäftsführung berufen werde, so sage er, dann werde ich den Willen des allgemeinen Stimmrechts interpretieren. Wenn unsere sozialistischen Freunde die Beteiligung an der Regierung annehmen, werden wir über das Programm und über die Verteilung der Ministerposten verhandeln. Wenn die sozialistische Partei erklärt, daß sie nur eine Unterstützungsrolle betreiben wolle, werde ich von ihr qualifizierte Vertreter fordern, die sich mit mir beraten, welches das gemeinsame Programm sein soll, aber ich werde mich nicht mit einer platonischen Erklärung begnügen. Wenn wir eine Regierung bilden, werden wir großen Schwierigkeiten begegnen.

Die sozialistisch-republikanische Kammergruppe in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der rechtsstehenden sozialistischen Partei, die als Opposition in die Fraktion eingetreten sind, haben eine Tagesordnung angenommen, in der gesagt wird, daß es absolut unmöglich sei, auch nur die geringste Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Republik, Millerand, durchzuführen, der die Pflichten seines Amtes dadurch vernachlässigt habe, daß er die Leitung der Außen- und Innenpolitik in einem Sinne führte, den das Land verurteilt habe.

Die neue Kammer trat am Sonntag nachmittag 3 Uhr unter dem Vorsitz der radikalen Abgeordneten Binart als Alterspräsidenten zur konstituierenden Sitzung zusammen. Binart erklärte, daß es unerlässlich sei, daß auch in Frankreich das Frauenstimmrecht eingeführt wird. Das Wahlergebnis vom 11. Mai bedeute, daß die übergroße Mehrheit des französischen Volkes den sozialen Fortschritt wünschenswert und jede Gewalt zurückweise. Sie wolle keine Diktatur, von welcher Seite sie auch kommen möge. Die eben abgetretene Kammer habe die Krönung des Sieges durch den Frieden nicht bringen können, weil sie vergessen habe, daß man den Sieg nur dank der Hilfe der Alliierten Frankreichs errungen habe. Es sei Pflicht Frankreichs, Reparationen zu verlangen. Dieser Prozeß werde aber nur unter der Bedingung gewonnen, daß man die Alliierten auf seiner Seite habe und daß die Abkommen über die Sanktionen vom Völkerverbund sanktioniert würden. Das Land wolle einen Frieden, der kein Gefühl des Hasses und der Rache zur Folge habe, einen Frieden, der den Krieg endgültig in die Vergangenheit zurückweise. Der Alterspräsident besprach sodann die Finanzlage und in Verbindung damit die Frage der Bevölkerungsvermehrung, die Frankreichs Leben oder Tod bedeute. Die Rede Binarts wurde von der Linken mit Beifall aufgenommen. Darauf wurde die Kommission zur Prüfung der Mandate ausgesetzt. Der Alterspräsident schloß dann die Sitzung. Er beräumte die nächste Sitzung auf Dienstag nachmittag 8 Uhr an.

Herriot hat von Tschitcherin und Katowski ein in sehr freundlichen Ausdrücken gehaltenes Schreiben erhalten, das die Glückwünsche der kommunistischen Partei Russlands zu dem Wahlsieg der französischen Demokratie ausdrückt.

Kurze Nachrichten

Der Rheinländertag in Potsdam nahm unter Beteiligung der landsmannschaftlichen Heimatverbände der Rheinländer, Pfälzer, Saarländer, Hessen, Westfalen, Elsaß-Lothringer und Eupen-Malmédier und der Ausgewiesenen einen glänzenden Verlauf. Aus etwa 100 Gruppen des Reichs waren Vertreter erschienen. Nach gemeinschaftlichen öffentlichen Gottesdiensten und nach einem Mundeang durch die Partisanen von Sanssouci hielt der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Höfle, eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Wir stehen unmittelbar vor einem Höhepunkt der politischen Entwicklung. Das Sachverständigengutachten eröffnet uns die Aussicht, daß endlich die Einheit zwischen dem Rheinland und dem übrigen Deutschland wieder hergestellt wird. Wir erwarten von der Gerechtigkeit und von der Klugheit der Welt, daß die dem Vertrag von Versailles entgegen widerrechtlich besetzten Gebiete geräumt und daß die wirtschaftliche und Verwaltungseinheit des Reiches und der Länder mit dem besetzten Gebiet wieder hergestellt wird. Zusammen damit verlangen wir, nachdem auf unserer Seite der passive Widerstand längst eingestellt ist, als unser Recht und als ein Gebot der Menschlichkeit die Freigabe unserer Gefangenen und die Rückkehr unserer Ausgewiesenen in die Heimat. Am Schluß seiner Ausführungen dankte Dr. Höfle den besetzten Gebieten am Rhein, Saar und Ruhr nochmals, daß sie mit

unerschütterlicher Treue am Reich festhielten und daß sie trotz aller Lockungen und Anfechtungen ihre deutsche Kultur hochhielten. In dem nachfolgenden öffentlichen Konzert ergriff als Vertreter des Rheinlandes Dr. Albert Bog-Köln das Wort, wobei er auf die Selbstverständlichkeit hinwies, daß die besetzten Gebiete nicht nur zum Reich, sondern auch zu den einzelnen Ländern in Treue ausstarrten. Der Redner wandte sich gegen jeden Partikularismus.

Attentatsprozeß Seest. Im Verlaufe der Verhandlung in dem Prozeß wegen Attentatsplanes gegen den General von Seest erklärte Justizrat Claf, er habe niemals den General von Seest zum Treubruch verleiten wollen. Im Gegenstoß dazu sagte General von Seest aus, daß das, was Claf ihm vorgeschlagen habe, ein Verfassungsverstoß und Staatsverbrechen gewesen sei. Generalstaatsanwalt Lindow verliest dann die Korrespondenz, die bei dem Zeugen Claf gefunden worden sei und in der das Verhalten des Generals von Seest zur Frage eines Rechtspruches scharf kritisiert wird. Der Generalstaatsanwalt stellt an der Hand der Korrespondenz fest, daß aus dem vorgelegten Material hervorzugehen scheint, daß die Beziehungen zwischen Justizrat Claf und Dr. Grandl sehr enge waren.

Kommunisches Bombenattentat. Die Zahl der wegen Teilnahme an dem von kommunistischer Seite geplanten Sprengstoffanschlag auf die Festteilnehmer bei der Denkmalsweihe für die Gefallenen des Garde du Corps in Potsdam hat sich von 12 auf 21 erhöht. Sämtliche Verhafteten sind nach ihren eigenen Angaben Mitglieder der kommunistischen Partei. Die vorgenommene Untersuchung der beschlagnahmten Sprengstoffe hat ergeben, daß die in den Bomben enthaltenen Sprengstoffe hochexplosive Mischungen darstellten.

Arbeitswiederaufnahme im Ruhrbergbau. Auf vielen Zechen des Ruhrbergbaues sind die Belegschaften zum größten Teil wieder eingezogen. Auf der Zeche Karoline ist die Belegschaft vollständig erschienen. Auf den sonstigen Zechen schwankte die Zahl zwischen 63 und 92 Prozent.

Kritischer Stand der englisch-russischen Verhandlungen. Laut „Sunday Times“ ist in diplomatischen Kreisen allgemein bekannt, daß in den englisch-russischen Verhandlungen (Frage der russischen Schulden) eine Krise von äußerstem Ernst entstanden sei. Falls sich die Haltung Russlands nicht beträchtlich ändere, bestehe wenig Hoffnung auf eine Vereinbarung.

Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler. Am Sonntag abend wurde auf den Bundeskanzler Dr. Seipel auf dem Wiener Südbahnhof von einem Passagier desselben Zuges, in dem der Bundeskanzler bereits war, ein Attentat verübt. Dr. Seipel wurde durch Lungenschuß schwer verletzt. Der Täter verletzte sich bei seiner Verhaftung selbst durch einen Schuß schwer. Der Verübter des Anschlags heißt Namorel. Er ist ein Spinner aus Potendorf. Über des Motiv des Täters zu dem Anschlag ist noch nichts bekannt. Der deutsche Gesandte begab sich, sobald er von dem Anschlag erfuhr, nach dem Spital, um sich über das Befinden Dr. Seipels zu erkundigen. Nach dem um Mitternacht ausgegebenen Bulletin befindet sich der Bundeskanzler bei vollständig klarem Bewußtsein, hat keine Schmerzen und sein Befinden ist relativ günstig.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuss zum Vorschlag für das Justizministerium

Am 27. und 28. Mai beriet der Haushaltsausschuss über das Justizministerium. Berichterstatter war der Abg. Marum. Im Zusammenhang mit dem Beamtenabbau gab die Regierung einen Überblick über die Geschäftstätigkeit des Justizministeriums, aus der zu ersehen war, wie insbesondere das Inflationsjahr 1923 eine sehr starke Geschäftszunahme brachte. Während im Jahre 1918 die Zahl der Einläufe 51 277, im Jahre 1922 134 000 betrug, betrug sie im Jahre 1923 163 000. Die Regierung erklärte, daß sie auf Grund dieser Geschäftszunahme nicht in der Lage war, den Beamtenabbau in größerem Maße wie gewünscht, durchzuführen.

Am Eingang der Beratung wurde von sozialdemokratischer Seite bedauert, daß zurzeit die interessantesten Rechtsfragen und die leidenschaftlich geführten Rechtsstreite oft durch Vergleich anstatt durch Urteil zum Abschluß kommen müßten. Parallel mit dieser Auffassung gehe eine ständig laufende Kritik an dem Stande der badischen Richter, bezw. deren Fertigkeiten.

Ein Zentrumredner wandte sich gegen diese Kritik und wies sie zurück. — Der Justizminister führte im allgemeinen aus, daß die Zahlen der erledigten Geschäfte natürlich kein Bild von der Beanspruchung der Gerichte geben könnten. Bei den komplizierten Rechtsverhältnissen und den unübersichtlichen, täglich sich ändernden Verhältnissen, namentlich des vergangenen Jahres, sei ein zeitraubendes Vorstudium nötig gewesen. Dann habe die Inflation und schließlich der Übergang zur Rentenmark eine Flut von Arbeit gebracht, wenn auch die Amtsgerichte wegen ihrer nicht immer auf den Geldwert einzustellenden Kompetenzen im Jahre 1923 mitunter eine Minderung der Arbeit vorübergehend erlebt hätten. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte gehe z. B. bis 500 M. Die badische Regierung wollte bis zu 1000 M. erweitern, aber die anderen Länder weigerten sich, so weit zu gehen. Das Jahr 1923 sei für alle Justizbeamte forgenvoll und arbeits erfüllt gewesen.

Der Vertreter des Hausbesitzes schlug vor, die ausgefallene oder rückständige Miete durch öffentliche Organe, Fürsorgeamt

über Ähnliche, dem Hausbesitz zu vergüten, da dieser ja nicht in der Lage sei, einen künftigen Mieter durch einen zahlenden Mieter zu ersetzen. Die Regierung hielt diesen Weg des Schadenersatzes für ungangbar; darauf erklärte der Vertreter des Hausbesitzes, daß er schließlich sich gezwungen sehe, die Hausbesitzer vor den Vergleichen zu warnen.

Von Zentrums- und Landbundesseite wurde der Abbau des Amtsgerichts Waldbühl angedacht. In dieser Debatte wurden von allen Parteien sachliche Momente besprochen, die sich insbesondere auf die Höhe der geschäftlichen Inanspruchnahme des Amtsgerichts Waldbühl bezogen. Es wurde die Regierung gebeten, zu prüfen, ob bei einer Zunahme der Geschäftstätigkeit im früheren Bezirke Waldbühl das Amtsgericht nicht wieder errichtet werden könne.

Die Regierung erklärte, daß keine grundsätzlichen Bedenken entgegenständen. Die Aufhebung sei aus rein sachlichen Gründen erfolgt; die Geschäftstätigkeit habe keine volle Beschäftigung der betreffenden Beamten ergeben; auch verkehrstechnisch sei ausnahmsweise gewesen, daß auf nur einer Entfernung von 7-8 Kilometer zwei Amtsgerichte bestanden, was die Aufhebung unbedingt nahegelegt habe. Im allgemeinen erhalten die Amtsgerichte künftig eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß sie nach der 3. Steuernotverordnung zu Aufwertungsstellen werden, während das Oberlandesgericht Verurteilungsmittel sei.

Beim Titel Oberlandesgericht wurde auch die Frage nach Ersatzrichtern bei dieser Verhöre besprochen, und durch die Mitteilung der Regierung, daß Ersatzrichter in der Zwischenzeit ernannt worden seien, für erledigt erklärt.

Weiter teilte die Regierung mit, daß die Einführung der Gerichtsstufen sich sehr gut bewährt habe, sowohl in Erhebung der Gerichtskosten, wie bei allen Auszahlungen namentlich der Besoldungen.

Bei Titel III Notariate führte ein Vertreter des Zentrums Klage über die ungenügende Zahl der Stellen in XII und stellte die Forderung, daß der alle Zustand der Winderstellung der Notare unter keinen Umständen wiederkehren dürfe.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Regierung ersucht, Erhebungen zu machen über die Zahl der Freisprüche nach erlittener Unteruchungshaft.

Von dem kommunistischen Redner wurde die Frage gestellt, wie weit die Unterstellung großer Orte mit zahlreicher Industrie- und Arbeiterbevölkerung unter die Gewerbegebiete benachbarter Städte gediehen sei. Die Regierung verwies auf das Gewerbebereichsgesetz, wonach die Landeszentralbehörden die Bezirke der Gewerbegebiete ausdehnen kann, entsprechende Anträge würden jederzeit sachlich geprüft, fallen aber in die Zuständigkeit des Arbeitsministeriums.

Die Stellung der Gerichtsschreiber wurde von einem Zentrumsredner besprochen. Er führte aus, daß die neue Zivilprozessordnung insofern eine Entlastung bedeute, als sie der Gerichtsschreiber nicht die selbständige Erledigung verschiedener Geschäfte gebracht habe. Er erwarte, daß wenigstens die badische Regierung keine Rückschraubung vornähme. Die Nachbildung der Beamten für den gehobenen mittleren Justizdienst sei unzureichend. Die nötigen Vorkenntnisse könnten durch eine einzige Prüfung nach drei Jahren nicht nachgewiesen werden. Der Justizminister führte aus, daß z. B. der wirtschaftlichen Not schon die vorgeschriebene Vorbildung (7 Jahre Mittelschule, 3 Jahre Vorbereitung) vielen Eltern sehr schwer falle, und daß es wünschenswert sei, auch fernerhin aus den bisherigen Kreisen der Zugang tüchtiger Leute zu erhalten. Die bestehende Vorbildung könne vorerst wohl genügen, da ja im praktischen Dienst noch Gelegenheit zur Ausbildung gegeben sei.

Einen breiteren Raum in der Debatte nahm die Frage der Fürsorgeerziehung mit Rücksicht auf das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz ein. Der demokratische Redner äußerte über die bad. Ausführungsbestimmungen mancherlei Bedenken, besonders über die Unterstellung des gesamten Fürsorgewesens unter das Justizministerium, entgegen der seitherigen Übung. Die Regierung teilte diese Bedenken nicht und begründete ihre Stellungnahme in längeren Ausführungen, unterstützt in ihrer Auffassung von den nachfolgenden Zentrumsrednern. Die Gesamtzahl der in Fürsorge stehenden Buben in Baden betrug am 31. Dez. 1924 1771 Anaben und 983 Mädchen, zusammen 2754 Jünger.

Beim Titel Strafanstalten teilte die Regierung mit, daß die Gesamtzahl der Strafgefangenen am 1. April 1924 betrug 3719. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Anfrage gestellt, welche Erhebungen gemacht wurden mit der Beschäftigung der Strafgefangenen im Freien und ob Fluchtversuche vorgekommen seien. Die Regierung erwiderte, daß, abgesehen von drei Fluchtversuchen, mit der Durchführung der Beschäftigung der Strafgefangenen im Freien nur gute Erfahrungen gemacht wurden. Die Strafgefangenen würden mit solchen

Arbeiten, wie Urbarmachung von Obdauern, beschäftigt, bei denen sie, mit Rücksicht auf die sonstige große Arbeitslosigkeit, den übrigen Berufen keine Konkurrenz machen könnten. Diese Arbeiten seien mit gewissen Vergünstigungen verbunden, um den Strafgefangenen, die solche Arbeiten verrichten, entgegenzukommen. Von Landbundesseite wurden Befürchtungen geäußert, daß hierbei über das notwendige Maß hinausgegangen würde, was aber von Regierungsseite verneint wurde.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Frage der Vergütungen, die Gewährung von Unterhaltszuschüssen an Referendare aufgeworfen.

Ein Zentrumsredner fragte an, ob die Regierung nicht gewillt sei, die für den Dienst erforderlichen Ausgaben der neuen Prozesse aus Staatsmitteln zu beschaffen.

Von verschiedenen Seiten wurde die Wiederaufnahme und der Ausbau der Arbeitsgerichte in den Gemeinden gewünscht. In der Schlussabstimmung wurde der Etat des Justizministeriums mit allen gegen 1 Stimme genehmigt.

Ein Nachwort zur Landwirtschaftsdebatte im Haushaltsauschuß

bringt der „Bad. Beob.“. Er schreibt u. a.: Der Donnerstag der vorigen Woche gehörte der großen Landwirtschaftsdebatte. Sie charakterisiert sich sehr einfach: Starke Hervortreten einer bewußten Opposition des Landbundes bezw. des Präsidiums der Landwirtschaftskammer gegen die Regierung, und man könnte hinzufügen — besonders gegen den Minister des Innern. Es ist zu verstehen, daß die Landwirtschaft beim Titel XIII ihre Wünsche energisch zur Geltung bringt; aber darum handelte es sich, freilich der Landbund in Betracht kam, nicht. Die erfolgreiche Tätigkeit des Innenministeriums und der gute Wille, alles aufzubieten, um der badischen Landwirtschaft vorwärts zu helfen, hätten, unbeschadet der Oppositionsstellung des Landbundes, aufrichtige Anerkennung finden müssen; aber der Oppositionsgehalt siegte wieder einmal über die politische Einsicht, und man versteht, wenn der Innenminister zu der Bemerkung kommt, „die Landwirtschaftskammer habe ihr redlich Teil dazu beigetragen, namentlich unter dem jetzigen Vorsitzenden, Wirtmann gegen die Regierung zu täten“. Die Regierung sei zu weiteren Zugeständnissen an die Landwirtschaftskammer nur noch insoweit bereit, als der Landtag Auftrag gebe. Die landwirtschaftlichen Schulen könnten der Landwirtschaftskammer nicht überantwortet werden.

Der Antrag des Landbundes auf Aufhebung der Lieferungsbezirke für die Milch wurde im Interesse der Ernährung der Bevölkerung abgelehnt. Nachdem die Landwirte nun in eigenen Haushalten und Betrieb soviel Milch verbrauchen können als sie wollen, besteht für die Landwirtschaft doch eigentlich kein unerträglicher Zwang mehr darin, die zum Verkauf bestimmte Milch an die bezeichneten Sammelstellen abzuliefern. Die sichere Geldeinnahme, die so auch dem entfernliest gelegenen landwirtschaftlichen Betrieb zutrifft, dürfte zur Zeit jedem Landwirt willkommen sein. Der Führer des Zentrums betonte, der Landbund möge nur die Mittel des Staats benützen, indem er auch die Fortbildungsschule und die landwirtschaftlichen Schulen, deren Arbeit aufklärend wirke, anerkenne und unterstütze. Der Staat werde aber nie die Bildungsinstitute aus der Hand geben.

Grundbuchwesen

Auf der Tagung des Verbands der badischen Gemeinden in Mingsheim am Sonntag, den 25. Mai d. J., kam unter dem Punkt „Verordnetenabst.“ auch die von der Justizverwaltung vorgeschlagene Änderung der Grundbuchamtsverfassung zur Sprache, wozu der Referent für das Notariat und Grundbuchwesen im Justizministerium das Wort ergriff. Die darüber in der Presse gelangenen Berichte sind so kurz gefaßt, daß sie kein richtiges Bild von den Ausführungen des Vertreters des Justizministeriums geben. Derselbe führte aus:

„Es ist eine bekannte Tatsache, daß unsere heutige Grundbuchamtsverfassung vom Tage ihrer Geburt an heftig umstritten war. Sie fand von jeher ebenso warme Verteidiger wie scharfe Kritiker. Anerkannt muß werden und wird auch von keiner Seite bestritten, daß die heutige Einrichtung den Wünschen und Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung in denkbar größter Weise entgegenkommt; der Landwirt braucht, um seine Grundbuch- und notariellen Geschäfte zu erledigen, keinen Schritt aus dem Ort selber herauszutun, sondern kann alle diese Geschäfte in der Regel auf dem Rathaus vornehmen, wozu der Notar in bestimmten kurzen Zwischenräumen kommt. Aber diese Einrichtung ist teuer und verbraucht viel zu viel Beamte.“

In der im Jahre 1912 von der Regierung dem Landtag vorgelegten Denkschrift über die Vereinfachung der Staatsver-

waltung wurde auch die Grundbuchorganisation eingehend erörtert. Die Denkschrift kam zu dem Ergebnis, daß die bestehende Grundbuchamtsverfassung zwar zu einer richtigen Anwendung des materiellen Rechts geführt habe, daß aber der Gang des Verfahrens vielfach langsam sei und die Einrichtung ungewöhnlich vieler Beamten bedürfe und hohe Ausgaben verursache; diese Nachteile ließen sich durch eine Zentralisierung der Grundbuchführung vermeiden. Zu einer Verhandlung über diese Denkschrift im Landtag und die darin zur Erwägung gestellten Vereinfachungsmaßnahmen kam es infolge des Ausbruchs des Krieges nicht mehr. Im Jahr 1919 wurde auf Grund der inzwischen seitens der Justizverwaltung gemachten weiteren Erhebungen ein Nachtrag zu dieser Denkschrift gefertigt, welcher zu dem Ergebnis gelangte, es soll im großen und ganzen bei dem heutigen Zustand verbleiben. Unterdessen haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert.

Unter dem furchtbaren Druck der Auswirkungen des verlorenen Krieges und der dadurch bewirkten Finanzlage des Staates, weiter unter dem Druck der Notwendigkeit des Behörden- und Beamtenabbaus, mußte die Frage der Grundbuchorganisation, welche ohne allen Zweifel eine eminente Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung ist, von neuem aufgegriffen werden. Man kann über die Einrichtung denken, wie man will, darüber aber kann eine Meinungsverschiedenheit nicht bestehen, daß es unbedingte Pflicht des verantwortlichen Leiters der Justizverwaltung war, die Frage aufzugreifen und sie zur Entscheidung an die zuständigen Instanzen heranzuführen. Der Herr Justizminister hätte sich geradezu einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, hätte er diese Frage einfach auf sich beruhen lassen. Die seitens der Justizverwaltung vorgeschlagenen Änderungen sind bekannt. In den Zeitungen setzte eine heftige Polemik ein, und es kam das, was geplant ist, nicht immer richtig zum Ausdruck. Die Interessen der Bevölkerung, welche sie an der Grundbuchführung hat, bestehen im wesentlichen darin, daß sie ihre kleineren Grundbuchgeschäfte auch fernerhin in der Gemeinde bei einem ihr vertrauten Mann erledigen kann. Diese Interessen sind aber bei der von der Justizverwaltung vorgeschlagenen Organisationsänderung voll und ganz gewahrt. Die Zuständigkeit der Hilfsbeamten soll in vollem Umfang bestehen bleiben, und ebenso bleibt in der Gemeinde in der Gestalt des Hilfsbeamten ein Nachbarn des Grundbuchs, welche auf dem Laufenden gehalten wird. Die Bevölkerung kann nach wie vor alle ihre Grundbuchgeschäfte wie bisher auch auf dem Rathaus erledigen und braucht deshalb nicht, wie vielfach ausgeführt wurde, in die Amtshaus zu gehen. Wird die gefasste Änderung durchgeführt, so wird meines Erachtens die Bevölkerung von ihr wahrscheinlich wenig oder gar nicht betroffen werden.

Es ist kein Geheimnis, daß von der Mehrheit des landständischen Ausschusses der geplanten Organisationsänderung nicht zugestimmt wurde. Daß die Änderung eine große Vereinfachung bedeuten und ohne allen Zweifel der Staatskasse große Ersparnisse bringen würde, kann bei objektiver Beurteilung wohl kaum bestritten werden.“

Kommunale Rundschauf

Der Bürgerausschuß in Mannheim hat in einer langen Aussprache die Vorlage über die Besoldung der städtischen Beamten und Angestellten angenommen, dagegen die Ergänzungsvorlage, die mehreren Parteien nicht weit genug gingen, mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Nützlichkeit in Acht. Das vom Stadtrat dem Bürgerausschuß vorgelegte Bauprogramm ist in verschiedenen Punkten abgeändert worden. Es wurde der Grundbau aufgestellt, daß, wer von der Stadt verbilligte Baudarlehen erhalten will, und hierzu Grund und Boden beantragt, ein Erbbaurecht nur auf 50 Jahre erhalten kann. Der Pachtzins beträgt 6 Prozent des zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses festgesetzten Verkaufswertes, kann aber erhöht werden, sobald der Ertragswert des Grundstückes sich um mehr als 10 Proz. erhöht. Im Erbbaurecht sollen bis jetzt 15 Personen bauen; verbilligte Baudarlehen zur Erstellung von Wohnungen auf eigenem Grund und Boden beantragen bis jetzt 6 Personen, die zusammen 23 Wohnungen erstellen wollen. Die für 1924 ausgeworfene Darlehenssumme beträgt 106 000 M. Pro Quadratmeter Bauplatz werden je nach Lage 3,50 bis 6 Mark gefordert.

Aus der Landeshauptstadt

Vorträge für Polizeibeamte. In der Reihe der Vorträge, die zur Fortbildung der Polizeibeamten bei der Polizeidirektion Karlsruhe eingerichtet worden sind, fanden in den letzten Wochen drei Vorträge des Obermedizinalrats Dr. Roemer über Erscheinungsweise und Wesen der Geisteskrankheiten statt, soweit die wissenschaftl. Erfahrungen auf diesem Gebiete für die Praxis der Polizeibeamten von Belang sind. Dabei wurde auch die Behandlung des Gebietes der Psychopathie im Hinblick auf ihre soziale Bedeutung entsprechend berücksichtigt, außerdem wurde die Psychologie der Zeugnisaussagen für den Polizeidienst an Beispielen erläutert. Schließlich wurde noch ganz allgemein über die in Betracht kommenden Fürsorge-maßnahmen und Anstalten an Hand von Lichtbildern Aufschluß gegeben.

Protektorenversammlung der Karlsruher Beamtenschaft. In emer dieser Lage hier abgehaltenen Protektorenversammlung der Karlsruher Beamtenschaft kam eine Resolution zur Annahme, in der gegen die ungerechte, absolut unzulängliche Festsetzung der Besoldung protestiert wird. Als Reich habe mit dieser Besoldung den Treuevertrag mit den Beamten gebrochen. Die Beamtenschaft erwartet von der Reichsregierung und dem Reichstag, daß, nachdem die Besoldung der Beamtengruppen 10-13 durch die neueste Besoldungsregelung teilweise die Friedenshöhe erreicht, teilweise überschritten hat, auch die Besoldung der Gruppen 1-2 auf gleiche Höhe gebracht und weiter den untersten Gruppen eine der gesunkenen Stauffkraft entsprechende Erhöhung bewilligt werde.

Nachkriegsberatung. — Zugaben. Der Einzelhandelsauschuß der Handelskammer Karlsruhe und ebenso der Einzelhandelsauschuß des Bad. Industrie- und Handelsrates wenden sich gegen gewisse unerfreuliche Auswüchse der modernen Melange. Von der Einsicht des laufenden Publikums wird erwartet, daß es nur in solchen Geschäften kauft, die ihren Stolz allein auf die Verjüngung ihrer Kunden mit wirklich guten Waren setzen. Gute Ware aber empfehle sich von selbst, auch ohne Zugaben oder sonstige Darbietungen irgendwelcher Art.

Speisewagenkurse durch Baden: Vom 1. Juni an werden im ganzen 16 Speisewagenkurse über die badischen Bahnen zur Ausführung kommen. Von diesen Kurzen bleiben nur zwei, nämlich die zwischen Mannheim und Konstanz über Triberg, auf badisches Gebiet beschränkt, während die übrigen über Baden hinaus gehen. Die längste Strecke wird in den nächsten Tagen Altona-Basel von Speisewagen durchgeführt. Die Strecke Frankfurt-Freiburg ist mit einem Zugpaar unter den 16 Speisewagenkurzen vertreten, während die Strecke Frankfurt-Basel mit 3 Kurzen in jeder Richtung, und zwar 1 Paar über Mannheim und 2 Paare über Heidelberg im Wechselverkehr mit den Mannheimer-Konstanzer Speisewagen erheint.

Richard Strauß-Festwoche

(I. Tag.)

Auftakt der Festwoche, die das Badische Landestheater dem bedeutendsten der lebenden deutschen Komponisten zu Ehren veranstaltet, bildete die Morgenfeier, in der zunächst Prof. Dr. D. Die (Berlin) Bausteine zum Bild der Persönlichkeit des nun Sechzigjährigen zusammentrug. Der bekannte Musikschritsteller ist nicht nur der zufälligen Gleichaltrigkeit wegen — auch er vollendete kürzlich das 60. Lebensjahr — das geeignete Interpret. Wohl hat er Straußens Aufstieg miterlebt und für manches mutig sich eingesetzt, was wir heute als gegeben ganz einfach hinnehmen. Aber der besondere Gesichtswinkel seiner rückschauenden Betrachtung beruht auf der Naturnotwendigkeit, in der er den Charakter dieses lebenden Heren skizzierte, seine Zeit- und Literaturgebundenheit erklärte und dennoch dem Genius in ihm gerecht zu werden versuchte. Aus seinen klugen Worten schöpfte neue Kenntnis, auch war das unbequeme Gefühl des Verrechnens ablenkt, aber trotzdem gewillt ist, die Art, wie Strauß seinen Künstler- und Komponistenberuf auffaßt, zu begreifen. Daß Oscar Die, der doch ein Eingeweihter ist, auch einiges nicht sagte, wozu sonst strenge Objektivität verpflichtet würde, erklärte sich ohne weiteres aus dem dankbaren Wohlwollen und der tatkräftigen Förderung, der in erster Linie die gesamte Veranstaltung zu dienen hat.

Auf die klaren Ausführungen, die aus so kompetentem Munde gesprochen ihren Eindruck nicht verfehlen und in ihrem mannhaften Eintreten für die Sache von Strauß durchaus würdig waren, folgten die Brentano-Lieder (op. 68), fünf Gesänge für hohe Stimme, die nur relativ geeignet sind, die Bedeutung von Strauß' Art zu erweitern. Er hat sich hier — wie überhaupt in seinen Spätwerken — ganz den Vokalen zugetraut, d. h. die Gesangstechnik gewalttätig und beinahe diktatorisch der dichterischen Vorlage zum Nachteil unterzogen. Ich hatte den Eindruck, als habe sich — äußerlich und innerlich — Strauß der Lyrik und den in ihr wirkenden romantischen Elementen noch nie so entfremdet. Jemandem Gesang und Begleitung doch auf eine geschlossene Linie zu bringen, mühten sich Marie von Ernst und Walter Rehberg. Mit starker musikalischer Lyrik und hinreichender Gestaltung kam dann noch ein Jugendwerk, die Violinsonate op. 18, zum Vortrag. Diese impulsive Komposition erhielt in der schönen Neubelebung durch W. Rehberg und D. Voigt ihren vollen künstlerischen Reiz.

Das liebe Altwiener Milieu in dem Schubertisch angehauchten „Rosentawaler“ bestritt den ersten Theaterabend. Über die Wirkungsmöglichkeit der derzeitigen Wiedergabe an unserer Landesbühne ist neulich schon einiges gesagt worden. Leider ist heute hinzuzuführen, daß die zweite Vorstellung — also die eigentliche Festaufführung — sich um einige Grade verschlechtert hat. Die feine Sensibilität kam wesentlich vergrößert zum Ausdruck. Das gilt nicht nur für die differenzierte Harmonik und trotz aller Polyphonie vorwiegend kammermusikalische Anlage der Partitur, sondern auch für fast alle Vertreter der Solostimmen. Wir haben auch zurzeit nicht die Sängereinnen, die die Grenze ihres Tonnumfangs soweit hinaufschrauben können, wie es Strauß gerade hier verlangt. S. Tracema Brigelmann hatte allerdings um Nachsicht bitten lassen, aber bei allen übrigen lag kein Grund vor, weswegen sie auf Wohlklang mehr oder minder verzichteten. Als Ochs von Lecknau hatte Alfred Wlas einige wirksame Momente, doch betonte er das Wienerische Lokolorit, aus dem allein diese Figur wirklich verständlich wird, viel zu wenig. S. Sch.

Ein Erlebnis von seltenem Wert wurde allen zuteil, die gestern der ersten diesjährigen Aufführung des Freilichtbühne Walfaldbenck unserer durch Naturschönheit gelegenen Nachbarstadt Eitlingen beigewohnt haben.

Torquato Tasso unter der Spielleitung von Felix Baum-bach, gewann Leben und Gestalt, ich möchte sagen trotz der klassischen Gestaltung. Wie anders wirkt das künstlerische Spiel derselben Spieler. Hier, wo alles echt ist an der szenischen Umgebung, wo blauer Himmel scheint, warme Frühsonnenstrahlen Menschen und Natur erwärmt und der Fink im Busch schlägt; das Spiel selbst, die dargestellten Personen gewinnen erst so die volle padende Wirklichkeit.

Neben den Darstellern selbst, die wir alle von Karlsruhe her genugsam kennen, ist nicht mehr zu sagen, als Lob und Dank für das Gebotene, ihnen den Damen Emarith und Moeller, den Herren Baumbach, Würtner und Dahlen. Bei solch stimmungsreicher Wirkung schweigt die Kritik an Einzelheiten.

Den Bürgern von Eitlingen können wir aber nur von Herzen gratulieren, daß sie ihre berichtigte Schwerfälligkeit und Engherzigkeit solens, volens aufgegeben haben und sich ein Schmüdlich schaffen ließen, daß ihnen und uns Karlsruhe und der ganzen Umgebung noch manche sorgenvolle Stimmung verschaffen helfen kann.

kurze Nachrichten aus Baden

J. Offenburg, 30. Mai. Mieterversammlung. Der gegen 1500 Mitglieder umfassende Mieterverein stimmte nach einem Vortrag von Gerichtsverwalter Jäger über „Aufhebung der Mieterschutzbestimmungen und die Folgen“ und anschließender, ausgiebig von Vertretern aller Volksschichten und Parteien geführter Aussprache folgender Willensstundgebung einmütig zu: 1. Die private Neubautätigkeit wird durch die Aufhebung der gesetzlichen Wohnungswirtschaft nicht belebt. Die Neubautätigkeit ist eine Frage der Kreditbedingung und nicht eine solche der Mietzinsbildung. Die Neubautätigkeit zu Wohnungszwecken kann nur von der Allgemeinheit erfolgen; sicherlich nur mit staatlichen Mitteln gefördert werden. 2. Die Aufhebung der sogenannten Zwangswirtschaft würde eine Diktatur des Hausbesitzes bringen mit unerträglichen Folgen. 3. Wir verwahren uns dagegen, daß der Hausbesitz als einzige Wirtschaftskategorie und auf Kosten unserer gesamten Volkswirtschaft aufgewertet wird. Wir verlangen die gleiche Aufwertung zugunsten der kleinen Später und der Kriegsanleihezeichner. 4. Wir erklären uns gegen die Beseitigung des badischen Arbeitsministeriums oder gegen die Einschränkung seines Ressorts, weil der Ansturm gegen diese Staatsbehörde von dem Teil der Bevölkerung ausgeht, der ein Interesse daran hat, seinen Profit ohne staatliche Hemmung sicher zu stellen. Die parteipolitische Zugehörigkeit des Arbeitsministeriums berührt die Mieterschaft nicht. Wir weisen aber die durch gar nichts begründeten persönlichen und gehässigen Angriffe seitens des organisierten Hausbesitzes im Interesse des Staatsganges und der Entrüstung zurück. Die Mieterschaft wird sich zu wehren wissen. — Die Leitung der Versammlung hatte Herr Obertelegrapheninspektor v. Carben inne.

Peterszell, 29. Mai. Aber die kürzlich hier abgehaltene Jahreshauptversammlung des Schwarzwald-Trachtenverbandes wird berichtet, daß der vor einem Jahre gegründete Verband außer zahlreichen Einzelmitgliedern 9 größere Ortsgruppen von 60 und 100 Mitgliedern umfaßt. Erster Vorsitzender

wurde der bekannte Heimatdichter Rudolf Wintermantel auf St. Georgen, zweiter Vorsitzender Salomon Weiser in Langenschiltach. Der bisherige Vorsitzende, Oberhäusbauer Hefling, wurde mit zu den Beiräten gewählt. Neu errichtet wurde das Amt eines wissenschaftlichen Beirates, in welches Dr. Weis als Herausgeber der Verbandszeitschrift und Leiter der Erhebungen, sowie Hauptlehrer Kraus in Weiler als Pfleger des Volksliedes berufen wurden. Beschlossen wurde der Beitritt zum alemannisch-schwäbischen Interessenverband für Heimat und Volkstum. Als nächster Tagungsort wurde Langenschiltach bestimmt. In diesem Sommer soll ein großer Verbandsstreffen aller Ortsgruppen abgehalten werden, wo auch der Sammel-, Weiser- und Bahnenfahrt aufgeführt werden soll. Die Versammlung wurde umrahmt von Darbietungen in alter Schwarzwälder Mundart.

Waldbüh, 29. Mai. Am Pfingstmontag findet in Dogern im Saale der Bahnhofswirtschaft eine Vertreterversammlung des Bezirks-Musikerverbandes Oberrhein, Sitz Waldbüh, statt, die auch über das Musikfest 1925 beschließen soll. Nachmittags findet ein Konzert mehrerer Verbandskapellen statt.

D. J. Singen a. S., 30. Mai. Beim Ausbau der Oberrheinische Strahlburg-Konstantz als Kraftquelle und Großschiffahrtstraße und bei der Regulierung der Bodenseewasserstände soll für Radolfzell und Singen eine gemeinsame Hafenanlage geschaffen werden, um eine ausgedehnte Industrialisierung der Gegend längs des zu erstellenden Kanals zu erreichen.

D. J. Marzell, 30. Mai. Am 23. d. M. tagte in der Heilstätte Luitzen- und Friedrichsheim die ordentliche Versammlung des Ausschusses der badischen Landesversicherungsanstalt Baden, die beschloffen hat, vom 2. Juni ab die beiden genannten Anstalten mit zusammen rund 400 Betten dem Betrieb wieder zu übergeben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen
in Millionen Mark

	2. Juni		31. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 571 100	1 578 900 ¹⁰⁰	1 575 100	1 582 900 ¹⁰⁰
Kopenhagen	705 700	709 300 ¹⁰⁰	705 700	709 200 ¹⁰⁰
Italien	181 000	182 000 ¹⁰⁰	183 000	184 000 ¹⁰⁰
London	18 080 000	18 170 000 ⁸⁰	18 155 000	18 245 000 ¹⁰⁰
New York	4 190 000	4 210 500 ¹⁰	4 190 000	4 210 500 ⁸⁰
Paris	205 000	206 000 ¹⁰⁰	215 000	216 000 ¹⁰⁰
Schweiz	737 200	740 800 ¹⁰⁰	739 100	742 900 ¹⁰⁰
Prag	122 700	123 300 ¹⁰⁰	122 350	123 550 ¹⁰⁰
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 ¹⁰⁰	58 900	59 100 ¹⁰⁰

Gewerbebank Lahr. In der ordentlichen Generalversammlung der Lahrer Gewerbebank wurde mitgeteilt, daß die Goldmarkteröffnungsbilanz am 1. Januar 1924 in Aktiva und Passiva die Summe von 82 622 Mark aufweist. Der Mitgliederstand habe sich von 833 am 1. Januar 1923 auf 950 am 1. Januar 1924 gehoben. Die Umstellung des bisherigen Geschäftsanteils auf Goldmark (3 Proz.), die Neufestsetzung des Geschäftsanteils auf 1000 Goldmark und der Kasssumme (1000 Mark) wurden einstimmig genehmigt, desgleichen die Entlassung des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Staatsanzeiger

Im Staatsanzeiger vom 31. Mai 1924 (Nr. 127) betr. Zugmaschinen der Firma Benz-Gaggenau ufm. (Bekanntmachung „An die Bezirksämter“: Nr. 40 591) ist in der Überschrift zu lesen: „Zugmaschinen ohne Güterlaberäum unter 9 (nicht 4) Tonnen Gewicht“.

Wegen Aufgabe unserer Filiale Kaiserstraße 36 von Dienstag, den 3. Juni an

TOTAL-AUSVERKAUF
in erstklassigen Schuhwaren
mit 20 Prozent Rabatt

der auf die seitherigen Originalpreise
an der Kasse in Abzug gebracht wird



Carl Fritz & Co

Karlsruhe, Kaiserstraße 36

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden. W.576 Handelsregistereintrag Abt. A Band I O.-Z. 298: Firma Carl T. Hermann & Co. in Baden-Baden: Den Vorbehalten René Schod und Karl Emil Körmann in Baden-Baden ist Gesamtpatent erteilt. Band II O.-Z. 558: Firma A. & L. Sidel, Bigarettenfabrik Salmi in Frankfurt a. M., Zweigniederlassung Baden-Baden: Die Zweigniederlassung ist aufgehoben. Baden, 24. Mai 1924. Der Vorsitzende des Amtsgerichts.	schlägigen Apparaten und Nähstoffen. Die Errichtung von Zweigniederlassungen sowie die Beteiligung an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmungen oder deren Vertretung ist gestattet. Die Gesellschaft wird durch den oder die Geschäftsführer vertreten. Geschäftsführer ist Wolfgang Meier sen. in Baden-Baden. Baden, 27. Mai 1924. Bad. Amtsgericht I.	Wonnad. W.556 Handelsregistereintrag B Band I O.-Z. 9 bei Firma Badische Staats- brauerei Rothaus Aktien- gesellschaft, Sitz Rothaus: Dem Karl Weis in Rothaus ist Procura erteilt. Wonnad, 26. Mai 1924. Bad. Amtsgericht.	Bruchsal. W.568 Im Handelsregister B Band II O.-Z. 57 wurde zu Firma Darmstädter u. Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin eingetragen: Die Herren Walther Bernhard, Gustav Böhm, Kurt Claus, Dr. jur. Wil-	Bruchsal, 27. Mai 1924. Amtsgericht.	Durlach, Handelsregister A. Eingetragen am 23. Mai 1924 zu Firma Ehardt & Pöge mit Sitz in Durlach. Die offene Handels- gesellschaft ist aufgelöst, die Firma erloschen. W.557 Amtsgericht.	Eberbach. W.569 Handelsregistereintrag A Band II O.-Z. 83: Firma „Ferd. Schneider“, Eberbach. Inhaber ist Ferdinand Schneider, Kaufmann in Eberbach. Eberbach, 26. Mai 1924. Amtsgericht.	Emmendingen. W.570 In das Handelsregister A Band I wurde eingetragen: O.-Z. 218 Seite 447: Mörs Feseneimer in Neute. Geschäftszweig: Manufakturwarengeschäft und Großhandel mit Näh- Etricid, und Stidgarn. O.-Z. 220 S. 451: Schuh- warenhaus Zimmermann, Inhaber Otto Zimmermann, Kaufmann in Emmendingen. Geschäftszweig: Schuh- u. Leberhandlung und alle einzelne Artikel. O.-Z. 219 Seite 449: Lydia Sauter, Sitz Emmen- dingen. Inhaber: Lydia Sauter in Emmendingen. Geschäftszweig: Manufaktur-, Weiß- und Ballwaren. Emmendingen, 23. Mai 24. Bad. Amtsgericht I.	Ettlingen. W.571 In Handelsregister B O.-Z. 33 Firma „Gaud & Kürste G. m. b. H.“ in Ettlingen wurde eingetragen: Der Geschäftsführer Germann Gaud, Kaufmann in Pfaffenrot, ist als solcher ausgeschieden. Ettlingen, 27. Mai 1924. Amtsgericht.	Karlsruhe. W.585 In das Handelsregister B Band II O.-Z. 62a ist eingetragen: Firma und Sitz: Kaufstoff-Vertrieb, Gesellschaft mit beschränkter Haftung Heidelberg unter der Firma: Kaufstoff-Ver- trieb Gesellschaft mit be- schränkter Haftung Heidelberg Zweigniederlassung Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Der Handel mit allen in das Bau- fach einschlagenden Bau- stoffen und Materialien. Die Gesellschaft ist be- fugt, im In- und Auslan- de unter der gleichen oder befonderer Firma Zweig- niederlassungen zu errich- ten, auch sich bei anderen Unternehmungen in jeder gesetzlich zulässigen Form zu beteiligen oder solche zu erwerben. Stammka- pital: 20 000 M. Ge- schäftsführer: Heinrich Wagner, Architekt, Hei-	delberg. Den Kaufleuten August Kühner, Wiesloch und Rius Zehr, Heidelberg, ist Procura erteilt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. September 1921 festgestellt. Die Bekannt- machungen d. Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 22. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B. 2.	Karlsruhe. W.587 In das Handelsregister A ist eingetragen: Zu Band I O.-Z. 20 zur Firma Franz Fernin, Karlsruhe: Offene Handels- gesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter: Geinrich Dertel, Kaufmann, Karlsruhe, Theodor Karl Dertel, Kauf- mann ebenda. Der Über- gang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Ver- bindlichkeiten ist bei der Übernahme durch die offe- ne Handelsgesellschaft aus- geschlossen worden. Die Gesellschaft hat am 1. Mai 1924 begonnen. Zu Band VII O.-Z. 188 zur Firma Badische Zerast Gesellschaft Hei- denheimer & Waier, Karlsruhe. Die Firma
--	--	---	--	--	--	--	--	--	--	---	---



Das Bank-Konto bietet nach Eintritt stabiler Währungsverhältnisse wieder die vorkriegsmäßigen Vorteile u. Annehmlichkeiten. Verzinsung der Gelder bis zum Bedarfstag; bargeldlose Verfügungsmöglichkeit durch Überweisung, Schecks etc.; keine Umsatzprovision. Wir empfehlen besonders die Errichtung von Rentenmark-Konten, auf denen wir bei Einlagen v. mindestens Rt. M. 300, die uns 4 Wochen fest überlassen werden, die Wertbeständigkeit garantieren. Nachdem die bei den Banken während der Inflationsperiode vorhandene Überlastung behoben ist, sind wir wieder in der Lage, volle Gewähr für rasche und zuverlässige Bedienung in allen bankmäßigen Geschäften zu übernehmen.

RHEINISCHE CREDITBANK FILIALE KARLSRUHE

HAUPTGESCHÄFT: WALDSTRASSE 1, ZWEIGGESCHÄFTE: NIEDERLASSUNG MÜHLBURG, RHEINSTRASSE 44, DEPOSITENKASSE BAHNHOFPLATZ (im HOTEL REICHSHOF).

ist geändert in: Badische
Zerfall Gesellschaft
Kaufmann & Co. Der Ge-
sellschafter Abraham Wai-
er ist aus dem Geschäft
ausgeschieden, an dessen
Stelle ist als persönlich
haftende Gesellschafterin
Kaufmannin Josefa Hei-
denheimer, Ehefrau, Fried-
da Margarethe geb. Bam-
berger, Karlsruhe, in das
Geschäft eingetreten.
Zu Band VIII O.-Z. 70
Firma und Sitz: Daud
& Co., Stuttgart. Offene
Handelsgesellschaft. Per-
sönlich haftende Gesell-
schafter: Oskar Daud,
Kaufmann, Wilhelm Heide,
Kaufmann, beide in Staf-
fort. Die Gesellschaft hat
am 28. April 1924 begon-
nen.
O.-Z. 71 zur Firma
Schenter & Co., Berlin,
Zweigniederlassung, Karls-
ruhe: Die Prokura des
August Lorenz, Mann-
heim, ist erloschen.
O.-Z. 72 Firma u. Sitz:
Friedrich Butterfah, Karls-
ruhe. Einzelkaufmann.
Diplom-Ingenieur Fried-
rich Butterfah, Karls-
ruhe (Georg Friedrich-
straße 3.).
O.-Z. 73 Firma u. Sitz:
Michael Edin, Karlsruhe.
Einzelkaufmann: Michael
Edin, Mechaniker, Karls-
ruhe (Leisingstraße 39).
Karlsruhe, 30. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B. 2.
Karlsruhe. B. 588
Zu das Handelsregister
B Band VIII O.-Z. 37
ist zur Firma Dentaria,
Zahnbedarf - Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Karlsruhe, eingetragen:
Durch Gesellschaftsbes-
chluss vom 9. Mai 1924
ist die Gesellschaft aufge-
hoben. Der bisherige Ge-
schäftsführer Anton May
ist alleiniger Liquidator.
Karlsruhe, 27. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B. 2.
Karlsruhe. B. 591
Zu das Handelsregister
B Band VII O.-Z. 9 ist
zur Firma Baumaterialien-
Kontor, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe, eingetragen:
Die Vertretungsbefugnis
des Geschäftsführers Hans
Walz ist beendet.
Karlsruhe, 30. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B. 2.
Karlsruhe. B. 597
Zu das Handelsregister
B Band IX O.-Z. 28 ist
zur Firma Albert Schnei-
der, Aktiengesellschaft
Kunstseifenfabrik, Karls-
ruhe, mit einer
Zweigniederlassung in
Geislingen: Fabrikdirektor
Leopold Oppenheimer
ist aus dem Vorstand aus-
geschieden.
Karlsruhe, 30. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B. 2.
Kenzingen. B. 506
Zu das Handelsregister
B O.-Z. 12 - Magnet
Tabakfabrik Aktiengesellschaft
in Herbolzheim - wurde
eingetragen:
Durch den Beschluss des
Aufsichtsrats vom 9. Mai
1924 sind die Vorstands-
mitglieder Ernst Reusch
und Ludwig Lautemann
berechtigt, die Gesellschaft
allein zu zeichnen. Willy
Gösch ist aus dem Vor-
stand ausgeschieden und
an seine Stelle Christian
Cewing, Direktor in Her-
bolzheim, zum Vorstands-
mitglied bestellt. Dem
Wilhelm Cewing in Her-
bolzheim ist Prokura er-
teilt.
Kenzingen, 12. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.
Lahr. B. 551
Handelsregister eintrag
Lahr A III 153. Firma
Wilhelm Brudner in Frie-
senheim. Inhaber: Wil-
helm Brudner, Figarren-
fabrikant in Friesenheim.
Lahr, den 23. Mai 1924.
Amtsgericht.
Lahr. B. 552
Handelsregister eintrag
Lahr A III 88. Firma
Schwarz & Comp., Che-
m. Fabrik in Lahr. Die Firma ist ge-
ändert in: „Schwarz &
Comp.“.
Lahr, den 23. Mai 1924.
Amtsgericht.

Mannheim. B. 565
Zum Handelsregister B
Band XXVII O.-Z. 32,
Firma F. & A. Ludwig,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Mann-
heim, wurde heute ein-
getragen: Die Prokura
des Michael Gild ist er-
loschen.
Mannheim, 20. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.
Mannheim. B. 566
Zum Handelsregister B
Band XXVIII O.-Z. 69
wurde heute die Firma
„Mercur Waren - Han-
delsgesellschaft mit be-
schränkter Haftung“ in
Mannheim J. 1. 3/4, ein-
getragen. Der Gesell-
schaftsvertrag der Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung ist am 8. Mai
1924 festgestellt. Gegen-
stand des Unternehmens
ist der Betrieb eines Wa-
renhandelsgeschäfts, beson-
ders der Handel mit Tex-
tilwaren aller Art. Die
Gesellschaft ist berech-
tigt, sich an gleichen oder ähn-
lichen Unternehmungen in
jeder Art zu beteiligen,
solche zu erwerben und zu
vertreten. Das Stamm-
kapital beträgt 5000 Gold-
mark. Sind mehrere Ge-
schäftsführer bestellt, so
wird die Gesellschaft durch
zwei Geschäftsführer oder
durch einen Geschäftsführer
und einen Prokuristen
vertreten. Samuel Witz,
Kaufmann, Ludwigsbafen
a. Rh., ist Geschäftsführer.
Die gesetzlich vorge-
schriebenen Bekanntma-
chungen der Gesellschaft
werden im Deutschen
Reichsanzeiger veröffent-
licht.
Mannheim, 20. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.
Mannheim. B. 579
Zum Handelsregister A
Band XXI O.-Z. 61, Fir-
ma „Dugo Schupp“ in
Mannheim, wurde heute
eingetragen: Die Firma
ist erloschen.
Mannheim, 22. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.
Mannheim. B. 580
Zum Handelsregister B
Band XXVIII O.-Z. 70
wurde heute die Firma
„Schupp & Brachetti Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung“ in Mannheim,
Richard-Wagnerstraße 30,
eingetragen. Der Gesell-
schaftsvertrag der Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung ist am 29. April
1924 festgestellt. Gegen-
stand des Unternehmens
ist die Fabrikation und der
Vertrieb von Glaswaren,
Instrumenten, Spritzen,
Thermomejern, ärztlichen
artikeln mit Ausnahme
von Medikamenten. Das
Stammkapital beträgt G.-
M. 5000. Max Brachetti,
Dugo Schupp, beide Kauf-
leute in Mannheim, sind
Geschäftsführer. Jeder
Geschäftsführer vertritt
die Gesellschaft allein. Die
öffentlichen Bekanntma-
chungen der Gesellschaft
erfolgen durch den Reichs-
anzeiger.
Mannheim, 22. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.
Mannheim. B. 581
Zum Handelsregister B
Band XXVIII O.-Z. 42,
Firma „Mannheimer
Kundschau“ in Mann-
heim, wurde heute ein-
getragen: Regierungsrat
Max Hader, Mannheim,
ist zum Geschäftsführer
bestellt. Durch Beschluss
der Gesellschafter vom 19.
Mai 1924 ist der Gesell-
schaftsvertrag geändert.
Jeder Geschäftsführer ist
befugt, die Gesellschaft
selbständig zu vertreten.
Mannheim, 23. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.
Mosbach. B. 568
Zum Handelsregister A
wurde als neue Firma
eingetragen: „Johann
Müller“ in Mobern. In-
haber ist Kaufmann Jo-
hann Müller in Mobern.
Geschäftszweig: Gemisch-
tes Warengeschäft.
Mosbach, 26. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.
Mosbach. B. 569
Zum Handelsregister A
wurde bei der Firma „F.
Körner Witwe“ in Neu-

denau eingetragen: Die
Firma ist erloschen.
Mosbach, 13. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.
Mosbach. B. 560
Zum Handelsregister A
wurde als neue Firma
eingetragen die offene
Handelsgesellschaft „Ge-
brüder Körner“ in Neu-
denau. Inhaber sind Jo-
sef und Ferdinand Körner,
beide Uhrmacher in
Neudenau. Die Gesell-
schaft hat am 1. Dezember
1923 begonnen.
Mosbach, 13. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.
Mosbach. B. 561
Zum Handelsregister A
wurde bei der Firma „F.
Briand“ in Mosbach ein-
getragen: Das Handelsge-
schäft ist auf die Friedrich
Briand Witwe, Lina geb.
Edert in Mosbach über-
gegangen. Dem Kaufmann
Robert Briand in Mosbach
ist Prokura erteilt.
Mosbach, 13. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.
Offenburg. B. 562
Handelsregister A Bd.
III O.-Z. 87. Firma
Blecherei, Installation u.
Eisenhandlung Friedrich
Kraus in Offenburg. In-
haber: Kaufmann Fried-
rich Kraus in Offenburg.
Offenburg, 23. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht I.
Pforzheim. B. 567
Handelsregister eintrag.
Firma Weiß Handelsge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Pforzheim:
Die Vertretungsbefugnis
des Geschäftsführers Mar-
tin Weiß ist beendet.
Durch Gesellschaftsbes-
chluss vom 29. April 1924
wurde der Gesellschafts-
vertrag in § 1 abgeändert.
Die Firma ist in „Wade-
nia Vertriebsstoff und
Eisenhandlung“ mit
beschränkter Haftung“ ge-
ändert.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. B. 589
Handelsregister eintrag.
Firma J. Sauer & Co.
Baugesellschaft mit be-
schränkter Haftung in
Eingen: Durch Gesell-
schaftsbeschluss vom 23.
März 1924 ist die Gesell-
schaft aufgelöst. Der bis-
herige Geschäftsführer
Christian Demmig ist Li-
quidator.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. B. 427
Handelsregister eintrag.
Firma Wieg & Co., Ge-
sellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Pforzheim,
Luisenstraße Nr. 27.
Durch Gesellschaftsbes-
chluss vom 1. Mai 1924
ist die Gesellschaft aufge-
hoben. Die Vertretungsbe-
fugnis des Geschäftsführers
Martin Wehner ist
beendet. Kaufmann Mar-
tin Wehner, Ehefrau, Eli-
sabeth geb. Pfeiler in
Pforzheim, ist Liquidator.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. B. 495
Handelsregister eintrag.
Firma W. Müller, Edel-
metallverwertung - Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Pforzheim:
Durch Gesellschaftsbes-
chluss vom 7. Mai 1924
ist die Gesellschaft aufge-
hoben. Die Vertretungs-
befugnis der Geschäfts-
führer Friedrich Speidel
senior, Kurt Wilhelm
Müller-Gillich und Ger-
mann Frank ist beendet.
Der bisherige Geschäfts-
führer Arthur Jäger ist
Liquidator.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. B. 549
Handelsregister eintrag.
Firma Georg Lauer, Al-
tiengesellschaft in Pforz-
heim. Den Vorstandsmit-
gliedern Alfred Lauer u.
Otto Lauer ist Einzelver-
tretungsbefugnis erteilt.
Den Kaufleuten Fritz
Koch und Robert Köhle in
Pforzheim ist Einzelpro-
kura erteilt.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. B. 550
Handelsregister eintrag.
1. Firma Hans Fried-
rich Bühler in Pforzheim:
Die Firma ist erloschen.
2. Firma Emil Weill in
Pforzheim, Kronprinzen-

straße Nr. 23. Inhaber
ist Kaufmann Emil Weill
in Pforzheim. (Angegebener
Geschäftszweig: Edel-
steinhandlung.)
3. Firma August Hens-
ler in Pforzheim, Kienle-
straße Nr. 8: Das Geschäft
ging mit der Firma auf
Kaufmann Gustav Hens-
ler in Pforzheim über.
4. Firma Fr. Göbele in
Pforzheim, Untere Spring-
er Str. Nr. 9. Kaufleute
Karl Göbele und Adolf
Göbele in Pforzheim sind
in das Geschäft als per-
sönlich haftende Gesell-
schafter eingetragen. Offene
Handelsgesellschaft seit
1. Januar 1924.
5. Firma Gebr. Stern
in Heidelberg mit Zweig-
niederlassung in Pforz-
heim: Die Zweignieder-
lassung ist aufgehoben.
6. Firma Kirchhäger &
Kraft in Pforzheim. Dem
Kaufmann Wilhelm
Schneider in Düsseldorf ist
Einzelprokura erteilt.
7. Firma Hermann
Clauß in Pforzheim-Dill-
weihenstein, Wilhelmstraße 4:
Inhaber ist Kaufmann
Hermann Clauß in Pforz-
heim-Dillweihenstein. (An-
gegebener Geschäftszweig:
Schmuckwarenhandlung.)
Das Geschäft ging mit
der Firma auf Kauf-
mann Heinrich Fuchs in
Pforzheim über.
Amtsgericht Pforzheim.
Pfullendorf. B. 563
Zu das Handelsregister
A ist zu O.-Z. 62 (Firma
Bursana - Zwiebackfabrik
Sofmann & Kober, Sitz
Pfullendorf) heute ein-
getragen worden:
Der persönlich haftende
Gesellschafter Georg Kober,
Bädermeister in Pful-
lendorf, ist aus der Ge-
sellschaft ausgeschieden.
Der bisherige weitere
Teilhaber Otto C. Hof-
mann führt das Geschäft
auf eigene Rechnung un-
ter unbedingter Firma
weiter.
Pfullendorf, 22. Mai 1924
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.
Philippsburg. B. 592
Zu das diesseitige Han-
delsregister „A“ Band I
wurde eingetragen: Zu O.-
Z. 142: Firma Maschi-
nenfabrik Graben - Ren-
dorf, Adolf Benzinger &
Kalt in Renndorf. Offene
Handelsgesellschaft. Ge-
sellschafter sind: Adolf
Benzinger, Fabrikant in
Mannheim-Heinlau, und
Friedrich Kalt, Geschäft in
Renndorf bei Graben. Die-
selben sind je allein zur
Vertretung der Gesell-
schaft und zur Zeichnung
der Firma berechtigt. Die
Gesellschaft hat am 1. Mai
1924 begonnen.
Zu O.-Z. 141: Firma
E. Hoffner & Co. in Kir-
lach. Die Gesellschaft ist
aufgelöst. Der bisherige
Gesellschafter Johann
Leib, Wirt in Kirklach,
ist alleiniger Inhaber der
Firma.
Philippsburg, 27. Mai 24.
Amtsgericht.
Radolfzell. B. 564
Zum Handelsregister A
Band I O.-Z. 70 ist bei
der Firma Philipp Zeit
in Gailingen eingetragen:
Die Firma ist erlos-
chen.
Radolfzell, 24. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.
Rastatt. B. 593
Zu das Handelsregister
wurde heute zur Firma
Fabrik Reishauer'scher
Bretzauge Gesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Rastatt eingetragen: Durch
Beschluss der Gesellschaf-
ter vom 28. Mai 1924
wurde Ingenieur Alfred
Schmidt in Rastatt als
weiterer Geschäftsführer
bestellt.
Rastatt, 27. Mai 1924.
Amtsgericht.
Schopfheim. B. 572
Zum Handelsregister A
O.-Z. 127 Firma „Jain &
Huber, Schopfheim“, wurde
eingetragen:
Die Gesellschaft ist auf-
gelöst. Der Gesellschafter
Ernst Huber ist ausge-
treten. Das Geschäft ist
auf den bisherigen Gesell-
schafter Ernst Jhin jung

übergegangen und wird
von diesem unter der Fir-
ma „Ernst Jhin jung
vorm. Jhin & Huber“ als
Einzelkaufmann fortge-
führt.
Schopfheim, 26. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.
Sinsheim. B. 573
Handelsregister eintrag
Firma Jakob Beer Söh-
ne, Sinsheim. Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.
Sinsheim, 24. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht.
Tauberbischofsheim. B. 574
Zu das Handelsregister
Bd. I O.-Z. 27 - Fir-
ma Josef Blum in Grün-
feld - eingetragen: Die
Firma ist erloschen.
Tauberbischofsheim,
den 27. Mai 1924.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.
Tübingen. B. 575
Handelsregister eintrag
A Band II zu O.-Z. 34 -
Firma G. Tränkle &
Co. Tübingen - Der Ge-
sellschafter Heinrich Trän-
kle ist infolge Todes aus
der offenen Handelsge-
sellschaft ausgeschieden:
die Gesellschaft wird von
der Witwe Maria Elisa-
beth geb. Walter hier und
den überlebenden Gesell-
schaftern in der bisher-
gen Weise und unter der
bisherigen Firma fort-
geführt. Die Witwe ist von
der Geschäftsführung und
Vertretung der Gesell-
schaft ausgeschlossen.
Tübingen, 24. Mai 1924.
Der Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts.
Willingen. B. 598
Zu O.-Z. 8 des Han-
delsregisters A Band II
Firma Haller & Cie. in
Willingen, wurde heute
eingetragen:
Die Gesellschaft ist auf-
gelöst und die Firma er-
loschen.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.
Willingen. B. 599
Zu O.-Z. 335 Band I
des Handelsregisters A
Firma Gebrüder Kugler
in Willingen, wurde heute
eingetragen:
Der bisherige Gesell-
schafter Kaufmann Otto
Kugler in Willingen, ist

alleiniger Inhaber der
Firma. Die Gesellschaft
ist aufgelöst.
Willingen, 26. Mai 1924.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.
Bereinsregister.
Mannheim. B. 594
Zum Vereinsregister Bd.
X O.-Z. 18 wurde ein-
getragen: Kraftsportverein
in Mannheim-Waldhof,
Mannheim, 30. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4.
Offenburg. B. 595
Vereinsregister eintrag
Band I O.-Z. 59: Gesell-
schaft Waldhaus Laifeide
mit dem Sitz in Offen-
burg.
Offenburg, 28. Mai 1924.
Bad. Amtsgericht I.
Badisches Landestheater Karlsruhe.
Richard Strauß - Festwoche
Dienstag, den 3., abends 8 Uhr (Festhalle):
(M. 10.-, 8.-, 6.-, 4.-, 3.-). II. Abend:
Festkonzert. Leitung: Der Komponist
Couperinsuite. Alpinsinfonie.
Mittwoch, den 4., abends 7 1/2 Uhr: (Sp. I 8.-).
III. Abend: In der Neueinstudierung: Ariadne
auf Naxos. Leitung: Der Komponist. (Th.-
Gem. B.V.B. Nr. 501-700, 6701-6900).
Donnerstag, den 5., abends 8 Uhr: (Sp. I 8.-).
IV. Abend: In der Neueinstudierung: Salome.
Leitung: Der Komponist. Salome: Kam-
merängerin Aline Sanden von der Großen Volks-
oper Berlin. (Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701-900,
3001-3100).
Freitag, den 6., abends 8 Uhr: (Sp. I 8.-).
V. Abend: Die Josephslegende. Vorher:
Tod und Verklärung. Leitung: Der Kom-
ponist. Gastspiel Irl Gadesow (Joseph) und
Ami Schwaninger (Potiphars Weib). Th.-Gem.
B.V.B. Nr. 301-500.
Samstag, den 7., abends 7 Uhr: (Sp. I 5.40)*
VI. Abend: Neueinstudiert: Elektra. (Th.-
Gem. B.V.B. Nr. 1601-1900, 2501-2600).
Badisches Landestheater.
Montag, 2. Juni. 7 1/2 b. g. 10 Uhr. Sp. I M. 4.20.
Abonn. G 22. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 901-1200
Russischer Komödien-Abend.
Die Spieler. - Die Kulissen der Seele. - Der Heiratsantrag.
Badisches Landestheater.
Dienstag, 3. Juni. 7-1/2 11 Uhr. Sp. I M. 4.20.
Abonn. D 24. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-300
und L. Sondergruppe.
In der Neueinstudierung:
Das Käthen von Heilbronn.

Kohlen-Groß- und Kleinhandlung

Winschermann

G. m. b. H.
Rheinreederei
Große Lagerplätze mit den modernsten Auslade-Vorrichtungen.
Bezugsquelle erstklassiger Brennstoffe aller Produktionsgebiete.

Zentralheizungskoks
Nuß- und Stückkohlen Fettschrot D.309

Langenbrahm-Anthrazitkohlen
Braunkohlen-Briketts Eiform-Briketts
Steinkohlen-Briketts Grukokes

Brennholz
werden von uns in jedem Quantum zu billigsten Preisen prompt
mit eigenem Fuhr- und Lastkraftwagenpark geliefert.

Büro Räume: Stefanienstraße 94,
am Kaiserplatz.
Fernsprech-Anschluß Nr. 815, 816, 817.

G. Braun

vormalig G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
m. b. H.
Karlsruhe, Karlsruhstr. 14

**Modern eingerichtete leistungsfähige
Buchdruckerei**

Herstellung von Druckerarbeiten jeder
Art: Aktien, Wertpapiere, Pro-
spekte, Kataloge usw. in einfacher
bis feinsten Ausführung, in deut-
schem und fremdsprachlichem Satz

Dud. G. Braun, Karlsruhe.